

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0003/2019/IV

Datum:
21.01.2019

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:
Dezernat V, Kämmereiamt

Betreff:

**Bewerbung der Stadt Heidelberg im Rahmen des EU-
Förderprogramms "Europa für Bürgerinnen und
Bürger"**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 01. Februar 2019

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	30.01.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	14.02.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Inhalte der Informationsvorlage zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Die EU fördert Projekte mit maximal 100.000 Euro und bis zu 70 Prozent der förderfähigen Kosten über einen Projektzeitraum von maximal 18 Monaten. Es ist vorgesehen, zu prüfen, ob zusätzliche Fördermittel von Land, Bund oder Stiftungen zur Finanzierung des Projekts herangezogen werden können.

Im Falle einer Förderzusage startet das eingereichte Projekt frühestens im September 2019, spätestens zum Februar 2020. In Abhängigkeit von der gewährten Förderung ist der tatsächliche Projektumfang zu definieren, der notwendige finanzielle Gesamtbedarf der Stadt Heidelberg zu quantifizieren und dessen Finanzierung sicherzustellen.

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Einnahmen:	
Finanzierung:	
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Informationsvorlage gibt einen Kurzüberblick über die Inhalte der Bewerbung der Stadt Heidelberg im Rahmen des EU-Förderprogramms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und informiert über das geplante weitere Vorgehen.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 30.01.2019

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 14.02.2019

Ergebnis:

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit dem Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, Programmbereich 1 „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ verfolgt die EU das Ziel, Kommunen und Kreisen sowie gemeinnützigen Organisationen und Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen in ganz Europa finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um das Wissen über die Europäische Union zu mehren und ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein zu fördern. Die Bürgerinnen und Bürger sollen für die gemeinsame Geschichte und für die grundlegenden Ziele und Werte der Europäischen Union sensibilisiert werden. Dabei werden in der aktuellen Förderperiode insbesondere solche Projekte finanziert, die sich mit den Ursachen für das Bestehen totalitärer Regime in der neueren europäischen Geschichte und mit dem Gedenken an deren Opfer beschäftigen. Die im Rahmen des Programmbereichs geförderten Projekte sollen möglichst transnational angelegt sein, verschiedene Aktivitäten und Kooperationspartnerschaften umfassen und Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Zielgruppen ansprechen.

In der Ausschreibungsrunde 2019 des Programmbereichs 1 können Projektanträge zu folgenden Schwerpunktthemen (Schlüsselmomenten) eingereicht werden:

- 1919 Friedensverträge beenden den Ersten Weltkrieg
- 1939 Ende des spanischen Bürgerkriegs
- 1979 Wahlen zum Europäischen Parlament – außerdem 40-jähriges Jubiläum der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments
- 1989 Demokratische Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und Fall der Berliner Mauer
- 2004 15-jähriges Jubiläum der EU-Osterweiterung

Dabei müssen sich die Antragsteller auf eines der genannten Themen beschränken. Nach eingehender Prüfung der formellen Rahmenbedingungen und nach Abwägung der Erfolgsaussichten hat sich die Stadt Heidelberg für einen Projektantrag im Rahmen des Schwerpunktthemas „1919 Friedensverträge beenden den Ersten Weltkrieg“ entschieden und beabsichtigt, sich an der Ausschreibung zu beteiligen.

Im Rahmen der Ausschreibungsrunde 2019 stehen im Programmbereich 1 insgesamt 4 Millionen Euro zur Verfügung. Für Heidelberg könnte der maximale Zuschussbetrag dabei 100.000 Euro und bis zu 70 Prozent der förderfähigen Kosten betragen. Der Eigenanteil beträgt 30 Prozent. Es soll jedoch geprüft werden, ob ergänzend zusätzliche Fördermittel von Land, Bund oder Stiftungen zur Kofinanzierung herangezogen werden können. Der Projektzeitraum ist auf maximal 18 Monate begrenzt, Bewerbungsfrist ist der 01.02.2019.

2. Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

In 2019 jährt sich die Unterzeichnung des „Friedensvertrags von Versailles“ zum 100. Mal. Aufgrund seiner als hart erscheinenden Bedingungen und der Art des Zustandekommens wurde der Vertrag von vielen Zeitgenossen im damaligen Deutschen Reich als illegitimes und demütigendes Diktat empfunden. Die Revision des Vertrages war in den Folgejahren daher erklärtes Ziel jeder deutschen Außenpolitik. Dem ehemaligen Kriegsgegner Frankreich dagegen galt der Vertrag als Garant zur Absicherung gegen eine erneute deutsche Großmachtspolitik. Bis heute sehen manche Historiker in dem Vertrag eine wichtige Ursache für das spätere Scheitern der Weimarer Demokratie und für den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Das anstehende Jubiläum will die Stadt Heidelberg in enger Kooperation mit der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte zum Anlass nehmen, um mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm eine kritische Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit der Geschichte des Versailler Vertrages, mit dessen Ursachen und den Folgen für die weitere deutsche und die europäische Geschichte zu fördern. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger bzw. Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur die gemeinsame Geschichte verstehen lernen, sondern zugleich Brücken in eine von zunehmender Unsicherheit und wiedererstarkendem Nationalismus geprägte Gegenwart schlagen. Dem transnationalen Charakter des Förderprogramms entsprechend sind sowohl Veranstaltungen in Heidelberg als auch in der Partnerstadt Montpellier mit deutschen und französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern geplant.

Im Rahmen eines mehrtägigen **Planspiels** sollen Jugendliche aus Heidelberg und Montpellier einen umfassenden Überblick über die Friedensverhandlungen aus dem Jahr 1919 und über die historischen Fakten und Positionen gewinnen. Daran anschließend können die Teilnehmenden die Verhandlungen neu führen, diesmal unter Berücksichtigung der geschichtlichen Folgen und der Erfahrungen aus heutiger Sicht. Dabei sollen gemeinsam neue Wege der Verständigung und der Konfliktbeilegung erarbeitet werden, die am Ende auch präsentiert werden können. Vorgesehen ist außerdem eine **Fachkonferenz** für Fachleute, Lehrkräfte, Studierende und interessierte Bürgerinnen und Bürger mit den Universitäten Heidelberg und Montpellier III. Ergänzt werden sollen diese Programmpunkte durch ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm in Form von **Lesungen**, **Filmgesprächen** sowie **Schulprojekten** und Kunstaktionen in Heidelberg und Montpellier.

Die Bewerbung soll entsprechend ausgearbeitet und fristgerecht bei der EU eingereicht werden. Parallel dazu werden bilaterale Gespräche mit Kooperationspartnern wie dem Montpellierhaus Heidelberg, dem Maison de Heidelberg in Montpellier, der Universität Heidelberg, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Partnern mit dem Ziel geführt, diese an der möglichen Umsetzung der einzelnen Projektbestandteile zu beteiligen.

Mit einer Bekanntgabe der Gewinner ist voraussichtlich im 2. Quartal 2019 zu rechnen. Sollte die Stadt Heidelberg den Zuschlag für die von ihr eingereichte Projektidee erhalten, werden die gemeinderätlichen Gremien zeitnah im Zuge einer erneuten Vorlage über das weitere Vorgehen und die auf die Stadt Heidelberg entfallenden Kosten einschließlich deren Finanzierung beteiligt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 8	+	Den Umgang miteinander lernen
KU 1	+	Kommunikation und Begegnung fördern
		Begründung: Die geplanten Kooperations- und Begegnungsprojekte sollen dabei helfen, die gemeinsame Geschichte zu verstehen und das gegenseitige, interkulturelle Verständnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstädte zu fördern.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen EACEA-51/2018: Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ – Finanzhilfen für Maßnahmen 2019 (VERTRAULICH – Nur zur Beratung in den Gremien!)